

# Sachanträge 2011



**BDT 2011**  
**05./06. November 2011**  
**in Osnabrück**

## **1. JU Kreisverband Aschendorf-Hümmling**

Gesetzliche Pflicht für Taglicht bei Autos

Der Bezirksdelegiertentag der Jungen Union Osnabrück-Emsland fordert die Einführung einer gesetzlichen Pflicht für das Fahren mit Taglicht oder, wenn nicht vorhanden, mit Abblendlicht, für alle Kraftfahrzeuge im Straßenverkehr.

Begründung:

Um die Sicherheit im Straßenverkehr zu verbessern, hat die Europäische Kommission vor einiger Zeit beschlossen, die Ausrüstung aller neuen Kraftfahrzeugtypen mit Tagfahrleuchten ab 2011 zur Pflicht zu machen. Damit wurde eine langjährige Forderung des Deutschen Verkehrssicherheitsrats (DVR) umgesetzt. Seit dem 7. Februar 2011 werden alle neuen Pkw- und Transportertypen und ab August 2012 alle neuen Nutzfahrzeugtypen mit Tagfahrleuchten ausgestattet sein. Eine Aufrüstungspflicht für ältere Fahrzeuge ohne Tagfahrlicht ist in der Richtlinie jedoch nicht vorgesehen. Tagfahrlicht macht Pkw, Lkw und Busse besser erkennbar und verbessert damit die Sicherheit im Straßenverkehr. Es trägt dazu bei, die Zahl der Verkehrstoten in Europa zu senken. Mit Taglicht, so sagen Studien, können die Unfallzahlen um 3 - 5% gesenkt werden. In zahlreichen europäischen Ländern gibt es inzwischen eine Ganztageslichtpflicht. Dieser Pflicht sollte sich auch Deutschland anschließen.

Votum der Antragskommission:

## **2. JU Kreisverband Grafschaft Bentheim**

Verkehrsinfrastruktur in der Grenzregion

Der Bezirksdelegiertentag 2011 möge beschließen:

Jetzt handeln: Verkehrsinfarkt verhindern

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die niedersächsische Landesregierung sowie die beteiligten Landkreise und die Euregio auf, jetzt die Weichen für die Bewältigung des steigenden Verkehrsaufkommen auf Straße, Wasser und Schiene in der Region aufgrund des Ausbaus des Rotterdamer Hafens zu stellen.

Begründung:

Die Bauarbeiten um den Ausbau des Rotterdamer Hafens werden auch in unserer Region Auswirkungen zeigen. Gerade im Bereich der A30 und der niederländischen „Rijksweg 1“ ist mit verstärktem Güterverkehr zu rechnen, da diese beiden Autobahnen die wichtigste Verbindung zwischen den Häfen „Hoek van Holland/Rotterdam“ und Osteuropa sind.

Laut einer Studie des Bundesverkehrsministeriums aus dem Jahr 2007 wird in Gesamtdeutschland der Güterverkehr bis zum Jahr 2025 um etwa 80% steigen. Dies werden gerade die Grenzregion rund um die A30 und den niederländischen Rijksweg 1 spüren. Schon jetzt reichen die Rastplätze an der A30 gerade am Wochenende, wenn in Deutschland das Fahrverbot gilt, nicht mehr aus. Hier ist eine Anerkennung als Güterverkehrszentrum (GVZ) zu erstreben.

Nicht nur die Autobahn muss berücksichtigt werden. Auf der so genannten „Tweentelijn“ (Bahnverbindung von Deventer über Almelo, Oldenzaal nach Bad Bentheim und Rheine) rollen derzeit circa 20 Güterverkehrszüge pro Tag über die Grenze und von dort über Bad Bentheim und Rheine in die ganze Bundesrepublik. Ein Verkehrsgutachten der Niederlande prognostiziert hier eine Steigerung auf 80 Güterzüge pro Tag in den nächsten acht Jahren. Hier könnte schon ein Ausbau und eine Erhöhung der Geschwindigkeit auf 160 km/h Abhilfe schaffen.

Auch im Bereich des Wassertransport muss die Politik heute die Weichen für den Bau eines Verbindungskanals zwischen dem Tweente-Kanal und dem Mittellandkanal stellen und die Realisierbarkeit prüfen.

Votum der Antragskommission:

### **3. JU Kreisverband Lingen**

Wiederbelebung des Bezirksausschusses

Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:

Der Bezirksausschuss der Jungen Union Osnabrück-Emsland soll in Zukunft ein- bis zweimal im Jahr tagen.

Begründung:

Der letzte Bezirksausschuss fand im Juni 2008 bei der Meyer-Werft in Papenburg statt. Bis heute hat der Bezirksausschuss nicht wieder getagt. In den letzten Jahren wurden die Bezirksausschüsse dazu genutzt, um inhaltliche Arbeit im Bezirksverband zu gewährleisten und um über aktuelle Themen zu diskutieren. Dies sieht unsere Satzung auch ausdrücklich vor.

Wir sehen die Arbeit des Bezirksausschusses als wertvolles Organ an, der nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch mit Leben gefüllt werden sollte. Er kann dazu beitragen, dass der Bezirk in der Öffentlichkeit und bei den Mitgliedern noch stärker wahrgenommen wird.

Votum der Antragskommission:

### **4. JU Kreisverband Osnabrück-Land**

Klare Verhältnisse durch neues Wahlrecht

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die CDU-Fraktionen in Land und Bund auf, das Landes- und Bundeswahlgesetz dementsprechend abzuändern, dass die bei Wahlen stimmenstärkste Partei automatisch die Hälfte minus ein Mandat der im Parlament zu vergebenen Sitze als „Mehrheitsbonus“ erhält um den vom Wähler ausgesprochenen Regierungsauftrag besser ausüben zu können. Mittelfristig soll dieses Verfahren auch auf kommunaler Ebene durchgesetzt werden.

Begründung:

Die vergangenen Wahlen haben gezeigt, dass es für die stimmenstärkste Partei, die Wahl-Gewinnerin, immer schwieriger wird, ihren vom Wähler übertragenden Auftrag zur Regierungsbildung auszuführen. Der Landkreis Osnabrück ist hier derzeit mahndendes

Beispiel. Der Ausgang einer Wahl ist im derzeitigen System immer unwichtiger für die Zusammensetzung der Regierung geworden.

In undurchsichtigen Parteiverhandlungen wird immer häufiger ein Regierungsprogramm zusammengezimmert, bei dem Einigkeit maximal über die Überschriften herrscht, bei weitem jedoch nicht mehr über die konkrete Umsetzung der einzelnen Punkte. Konflikte sollten in unseren Parlamenten zwischen Regierung und Opposition, nicht jedoch nur innerhalb der Regierungsfractionen ausgetragen werden.

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert, dass nach einer Wahl klar sein muss, wie es weitergeht. Wir erwarten, dass ein neues Wahlrecht mit dem Repräsentationsziel der Mehrheitsbildung verabschiedet wird. Diese Forderung untermauern wir mit dem Vorschlag eines „minderheitenfreundlichen Mehrheitswahlrechts“. Dieser Antrag wurde in ähnlicher Form bereits beim BDT in Haren gestellt. Zentrale Änderung in diesem Antrag ist die Mehrheitsbildung OHNE automatische absolute Mehrheit im Parlament. (Nicht 50% + 1 Mandat, sondern MINUS ein Mandat).

In unserem Modell, welches an das Modell des österreichischen Professors Dr. Klaus Poier (Professor am Institut für öffentliches Recht, Universität Graz) angelehnt ist, erhält die Wahlgewinner-Partei (vorausgesetzt, sie konnte keine absolute Mehrheit auf sich vereinigen) automatisch 50 Prozent der Sitze minus ein Mandat, alle übrigen Mandate werden verhältnismäßig auf die anderen Parteien mit mehr als 5 Prozent der Stimmen aufgeteilt. Aufgrund des fehlenden Mandats, wird die stärkste Partei interessiert sein, mit einer anderen Partei zu koalieren. Hierbei wird sie bevorzugt mit kleineren Juniorpartnern koalieren, um eine rasche Regierungsbildung zu gewährleisten. Die Chance der kleinen Parteien in der Regierung zu sein ist damit größer als unter den derzeitigen Umständen. Die, im Vergleich zu anderen Mehrheitswahlsystemen, niedrige „Mehrheitsprämie“ verhindert eine extreme Überrepräsentation der stimmenstärksten Partei und gewährleistet zudem die Pluralität des politischen Systems. Der Regierung würde eine starke Opposition gegenüberstehen, deren Handlungsspielraum durch eine Ausweitung der parlamentarischen Kontrollrechte gesichert werden sollte.

Ein reines Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen, wie es beispielsweise im Vereinigten Königreich angewandt wird, halten wir nicht für übertragbar auf das deutsche System, da die „Liquidierung“ der kleinen Parteien, die nur schwer in der Lage sind Wahlkreise direkt zu gewinnen, nicht mit unseren soziopolitischen Rahmenbedingungen vereinbar ist. Weiterhin ist durchaus zu bezweifeln, dass ein Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen klare Mehrheiten hervorbringt.

Die Umstellung auf ein „minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht“ sollte unserem Gesetzgeber nicht allzu viele Schwierigkeiten bereiten, da das Verhältniswahlrecht von den weitsichtigen Vätern unseres Grundgesetzes ganz bewusst nicht festgeschrieben wurde und daher eine Verfassungsänderung nicht notwendig wäre.

Eine Verletzung der Wahlrechtsgrundsätze, nach denen in „allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl“ (Art. 39GG) gewählt wird, sehen wir nicht. Der Gleichheitsgrundsatz, d.h. der gleiche Zählwert der Stimme ist weiterhin gewährleistet und sollte damit auch weiterhin Einfluss auf die Parteienfinanzierung haben. „One man – one vote“. (Nicht verfassungsgemäß, weil ungleich ist beispielsweise das Zensuswahlrecht. Jeder Bürger MUSS gleich viele Stimmen abgeben können.) Wir sehen den Grundsatz der

unmittelbaren Wahl der Abgeordneten sogar als gestärkt, da nur direkt gewählte Abgeordnete eine hundertprozentige Garantie auf den Einzug das Parlament haben, sollte die Partei nicht als stärkste Kraft aus der Wahl hervorgehen. Somit besteht ein großer Anreiz zur Intensivierung der Bürgerkontakte im Wahlkreis, da sicherere Wiederwahlpositionen auf den Landeslisten durchaus begrenzt sind.

Das Auftreten von Überhangmandaten ist durch die Bundestagsfraktionen bereits durch interne Kompensation beschränkt worden. Dennoch streben die Bundestagsfraktionen weiterhin ein grundsätzlicheres neues Wahlrecht an, welches durch unser Modell dargestellt wird.

Ein Regierungswechsel, nicht nur ein Koalitionswechsel, ist mit unserem Modell bei jeder Wahl möglich, da der Wähler der Regierung entweder das Vertrauen aussprechen oder eine andere Partei wählen kann.

Unser Vorschlag ist somit die beste Möglichkeit klare Verhältnisse zu schaffen, ohne dabei die kleinen Parteien unverhältnismäßig zu benachteiligen.

Votum der Antragskommission:

## **5. JU Kreisverband Lingen**

Keine Abschaffung der Listenwahl

Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die CDU Niedersachsen auf, Gedanken für eine Abschaffung der Listenwahl zu verwerfen und das bisherige Kommunalwahlsystem beizubehalten.

Begründung:

Die Vorteile für eine Abschaffung der Listenwahl liegen klar auf der Hand. Es wären keine Diskussionen mehr über Listenpositionen erforderlich. Dazu würde innerhalb der Partei natürlich viel Streit entfallen. Die Nachteile wiegen weitaus größer. Es gibt eine große Anzahl an jungen Mandatsträgerinnen und -träger, die es durch einen fehlenden Bekanntheitsgrad gerade mit dem System der Listenwahl den Sprung ins Kommunalparlament geschafft haben.

Die Listenwahl ist gerade ein adäquates Steuerungsinstrument, um den Nachwuchs eine Chance zu geben, sich kommunalpolitisch zu betätigen.

Votum der Antragskommission:

## **6. JU Kreisverband Grafschaft Bentheim**

Ronald Poffalla

Der Bezirksdelegiertentag 2011 möge beschließen:

„Ronald wir können deine Fresse nicht mehr sehen!“

Die Junge Union Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim fordert den Bundesminister für besondere Aufgaben, Ronald Pofalla MdB auf, von seiner Funktion als

Kanzleramtsminister zurück zutreten.

Begründung:

Ronald Pofalla hat durch seine verbalen Attacken auf Wolfgang Bosbach dem Ansehen der Union geschadet. Politische Meinungsvielfalt und Diskussionen sind wichtig für eine Partei. Dazu gehören auch die nötige Toleranz und der Respekt vor Abweichlern und Minderheiten. Durch seine Anfeindungen gegenüber dem Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach hat Ronald Pofalla gezeigt, dass ihm die notwendigen Voraussetzungen für die Position des Kanzleramtsministers fehlen. Aus Sicht der Grafschafter JU ist Ronald Pofalla damit für einen solch hochrangigen Posten ungeeignet.

Votum der Antragskommission:

## **7. JU Kreisverband Grafschaft Bentheim**

Soziale Netzwerke

Der Bezirksdelegiertentag 2011 möge beschließen:

„Gesichtsbuch“ oder auch Neudeutsch: „Facebook“

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die CDU auf, endlich volksnahe Netzpolitik zu betreiben und sich dem ständig wachsenden Medium ernsthaft, modern und gewissenhaft zu stellen. Insbesondere müssen Verbotsforderungen von Facebook-Partys aufhören.

Begründung:

„Facebook-Mobs wollen die Sommerfeste der Union kapern“. „Die Partei reagiert panisch, schließt Seiten und droht mit der Polizei.“

So und so ähnlich schalte es vor kurzem aus dem Wald und aus der Presse. Dieses zeigt in gewisser Weise die Hilflosigkeit der CDU, welche es zurzeit nicht schafft, auf ein „neues“ Bindeglied der Gesellschaft modern und wegweisend, eine Aufgabe einer Volkspartei, welche auch in Zukunft bestehen möchte, einzugehen. Selbst unser Landesinnenminister steigt das Thema über den Kopf und er fordert sogar einen Internetführerschein. Schönemann sagte der Welt am Sonntag, „die Länder müssten die geltenden Gesetze konsequent anwenden und ihre Aufklärungsarbeit bei Jugendlichen und Eltern verbessern. Nötig sei ein «Internet-Führerschein» in den Schulen, um über die Gefahren von Facebook aufzuklären. «Die Jugendlichen wissen doch oft gar nicht, was sie anrichten.» Die Kommunen würden ihren Aufwand den Eltern in Rechnung stellen: «Sie müssen dann für die Schäden und Müllabfuhr aufkommen. Das kann schon mal mehrere tausend Euro kosten.»“

Diese und ähnliche Aussagen sitzen tief in den Köpfen, speziell bei den meist jungen Bürgen. Sie sind ein Indikator fortschreitender Alterung und „Verblödung“ der Partei. Sie stellen die CDU in einem verstaubten, dem Fortschritt im Weg stehendem, Blickwinkel da. Durch nicht überhastetes Handeln und durch Betrachtung der Möglichkeiten, welche wir durch so ein Medium erlangen können, könnten wir in solchen Debatten vielleicht in Zukunft auch ein paar Stimmen gewinnen, anstatt nur als Verlierer dazustehen.

Auch auf den jüngsten Erfolg der Piratenpartei in Berlin muss die Volkspartei CDU mit einer klugen Netzpolitik eine Antwort finden. Aussagen wie im letzten Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 wie „Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein“ reichen nicht

aus.

Votum der Antragskommission:

## **8. JU Kreisverband Aschendorf-Hümmling**

Klares „Nein“ zu „Euro-Bonds“!

Die Junge Union Osnabrück-Emsland spricht sich klar gegen die sogenannten Euro-Bonds aus. Im Sinne der Generationengerechtigkeit muss es das klare Ziel sein, die Verschuldensproblematik nicht durch Euro Bonds in die Zukunft zu verlagern, sondern konsequenten Schuldenabbau und Konsolidierung der defizitären Euro-Länder zu betreiben.

Begründung:

Die EU-Mitgliedsstaaten refinanzieren sich fortlaufend über die Ausgabe von Anleihen (Bonds) am Kapitalmarkt. Derzeit liegt es in der Hand der einzelnen EU-Staaten, in welchem Masse sie sich auf diese Weise refinanzieren. Die Haushaltsplanung obliegt lt. EU-Vertrag den einzelnen Parlamenten der Mitgliedsländer. Deutschland z. B. finanziert sich am Kapitalmarkt über Bundesanleihen (Bundesschatz-Briefe A und B, Bundesobligationen etc.).

In diesem Zusammenhang benoten die Rating Agenturen, z.B. Sandard & Poors, Fitches und Moodys die Ausfallwahrscheinlichkeit der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten anhand von Rating-Noten. Sie vergeben dabei Noten von AAA (sehr niedrige Ausfallwahrscheinlichkeit) bis hin zu DDD (hohe Ausfallwahrscheinlichkeit). Deutschland wird derzeit mit der Rating-Note AAA beurteilt, Griechenland hingegen mit CCC. Je schlechter die Rating-Note des jeweiligen Mitgliedsstaates ist, desto risikobehafteter wird eine Anlage in Anleihen dieses Landes eingeschätzt. Die Rating-Note ist für die Anleger, die in Staatsanleihen investieren möchten, ein Indiz für die Zahlungsfähigkeit des Landes und des damit einhergehenden Risikos.

Eine schlechte Rating- Note führt für die betroffenen Staaten zu zwei grundlegenden Problemen. Erstens gelingt es ihnen aufgrund des erhöhten Risikos, dass die Anleger mit einem Investment in die Anleihe des jeweiligen Staates eingehen, nur erschwert, die Anleihen am Kapitalmarkt zu platzieren. Zweitens schaffen sie es i. d. R. nur, wenn sie einen erhöhten Risikoaufschlag für ihre Anleihen zahlen, denn der Anleger möchte das erhöhte Investitionsrisiko vergütet haben. Folglich steigen die Kapitalkosten / Zinskosten für die hoch verschuldeten Staaten, was deren „angeschlagenen“ Haushalt zusätzlich belastet. Umgekehrt müssen zahlungskräftige, solvente Staaten wesentlich niedrigere Zinsen für ihre Anleihen zahlen.

Um den finanziell schwachen EU-Mitgliedsstaaten „unter die Arme“ zu greifen, wird der „Euro-Bonds“ als eine mögliche Lösung für die zuvor geschilderte Problematik diskutiert.

Der „Euro-Bonds“ ist eine „Gemeinschaftsanleihe“ des Euro-Raumes, die von der EU ausgegeben werden könnte. Dahinter verbirgt sich die gesamtschuldnerische Haftung aller in der EU vereinten Staaten. Die EU haftet für die Zins- und Tilgungsleistung der Euro-Bonds. Auf diese Weise wird nicht mehr auf die Zahlungsfähigkeit eines einzelnen

Mitgliedsstaates abgestellt, sondern auf die Zahlungsfähigkeit der gesamten Europäischen Union. Man geht davon aus, dass dann ein „Mischzins“ für die Euro-Bonds gezahlt werden müsste, der niedriger ist, als der Zinssatz, der zurzeit von den hoch verschuldeten Staaten gezahlt werden muss, allerdings höher sein wird, als der Zinssatz den finanzstarke Staaten derzeit für ihre Anleihen zahlen. Alle Staaten könnten sich dann über die Euro-Bonds refinanzieren. Für die finanziell schwachen Staaten würde dies bedeuten, dass sie von den niedrigeren Mischzinsen profitieren würden. Die Kapitalkosten würden für diese Staaten sinken, was zu einer Entlastung des Haushaltes führen würde. Des Weiteren würde es den Staaten wieder leichter fallen, Liquiditätsengpässe zu überbrücken.

Euro-Bonds sind allerdings nicht ohne weiteres einführbar. Laut derzeitigem EU-Recht wäre die Ausgabe von Euro-Bonds rechtswidrig. In Artikel 125 des „Vertrages über die Arbeitsweise der Europäische Union“ (AEUV), der zusammen mit dem „Vertrag über die Europäische Union“ (EUV) die primären Rechtsquellen der EU darstellt, ist die „No-Bail-Out“ Klausel verankert. Laut dieser Klausel ist es untersagt, dass Mitgliedsstaaten für die Schulden anderer Mitgliedsstaaten haften. So sollen die einzelnen Mitgliedsstaaten zu einer disziplinierten Haushaltsführung und einer angemessenen Verschuldung angehalten werden.

Genau hier setzt die Kritik an Euro-Bonds an. Euro-Bonds erleichtern den schwachen Staaten den Zugang zum Kapitalmarkt und fördern so indirekt die Neuverschuldung, anstatt diese zu bekämpfen. Dadurch, dass bislang jedes Land eigenständig Anleihen ausgegeben hat und die Verzinsung dieser Anleihe von den jeweiligen Rating-Noten der Staaten abhing, wurden die einzelnen Länder dazu gezwungen, ihre Verschuldung in Grenzen zu halten, um so eine günstige Refinanzierung zu gewährleisten. Mit Einführung des Euro-Bonds würde diese Regulierung wegfallen, denn alle Staaten würden einen „Einheitszins/Mischzins“ für die Euro-Bonds zahlen müssen. Es gäbe also keinen Anreiz mehr für die einzelnen Staaten, auf eine maßvolle Verschuldung zu achten. Die Folgen einer zu hohen Staatsverschuldung tragen sie dann nur eingeschränkt selbst.

Die Euro-Bonds mögen kurzfristig die Liquiditätsprobleme der verschuldeten Staaten lösen, tragen aber nicht zum langfristigen Schuldenabbau und der Haushaltskonsolidierung dieser Länder bei. Auf diese Weise wird das Verschuldungsproblem nur in die Zukunft verlagert. Dies kann nicht im Sinne der Generationengerechtigkeit sein. Ungeachtet der aktuellen politischen Diskussion fordern wir, von der Jungen Union, daher ein klares „Nein“ zu Euro-Bonds und unterstützen die Haltung unseres Bundesvorsitzenden Philipp Mißfelder.

Vielmehr sollte über strengere Maßnahmen bei Überschuldung einzelner Staaten nachgedacht werden. Die derzeitigen „Maastricht-Regeln“ (3% des BIP Neuverschuldung etc.) scheinen nicht zu greifen. Es fehlen offensichtlich weitreichende Sanktionen, die eine ausufernde Staatsverschuldung verhindern. Solange diese nicht eingeführt werden, wird auch der Euro-Bonds nicht zur dauerhaften Lösung der Euro-Schulden-Krise führen.

Votum der Antragskommission:

## **9. JU Kreisverband Lingen**

Studienbedingungen zum Thema machen!

Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert den Bezirksvorstand auf, sich mit dem



Thema der mangelnden Studienbedingungen z.B. im Rahmen eines Bezirksausschusses zu beschäftigen.

Begründung:

Es ist eigentlich ein Skandal: Wir wollen, dass viele Leute studieren gehen, aber einige bleiben auf der Strecke, und das hat nicht nur etwas mit dem doppelten Abiturjahrgang zu tun. Es gibt zu wenig Studienplätze, der NC ist in bestimmten Studentenstädten immens hoch (1,1 als Notendurchschnitt reicht mancherorts nicht für ein Medizin-Studium), immer mehr Leute klagen sich auf einen Studienplatz ein, Vorlesungen müssen wegen Überfüllung geschlossen oder in Kinosäle verlegt werden; Veranstaltungen finden nicht nur am Samstag, sondern sogar sonntags statt. Bildung muss uns mehr wert sein!

Die Junge Union sollte hier Vorreiter sein und sich über aktuelle Situation bewusst sein, denn diese Situation wird nicht einfach aufgrund des doppelten Abiturjahrgangs einmalig bleiben. Verbesserungen sind unbedingt notwendig.

Votum der Antragskommission:

### **10. JU Kreisverband Grafschaft Bentheim**

Organspende

Der Bezirksdelegiertentag 2011 möge beschließen:

„Aufforderung zur Erklärung zur Organspende“

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Bundesregierung auf, eine flächendeckende Aufforderung zur Erklärung zur persönlichen Organspende gesetzgeberisch auf den Weg zu bringen.

Begründung:

12.000 Deutsche warten derzeit auf eine lebensrettende Transplantation, im vergangenen Jahr konnten jedoch nur etwa 4.700 Organe übertragen werden. Auf eine Niere muss im Durchschnitt 5-6 Jahre gewartet werden, auf Herz, Lunge, Leber oder Bauchspeicheldrüse 1-2 Jahre. Viele potentielle Organempfänger versterben während der Wartezeit an ihren schweren Erkrankungen. Rund 67 % würden einer Organspende nach ihrem eigenen Tod zustimmen, aber nur 17 % der Bundesbürger haben ihre Entscheidung zur Organspende in einem Ausweis vermerkt.

In Deutschland gilt die erweiterte Zustimmungslösung, demzufolge die Organe eines Toten nur entnommen werden dürfen, wenn entweder der Verstorbene sich zu Lebzeiten für eine Organspende ausgesprochen hat oder die nächsten Angehörigen der Organentnahme zustimmen. Auch die Angehörigen sind dabei an den mutmaßlichen Willen des Verstorbenen gebunden.

Diese Regelung sollte gesetzgeberisch erweitert werden zu einer kombinierten Erklärungs- und Widerspruchsregelung, wonach alle Bürger (sanktionsfrei) aufgefordert würden, sich zu erklären, ob sie einer postmortalen Organentnahme zustimmen oder nicht. Dies könnte bei der Anmeldung bei einer Krankenkasse, beim Erwerb eines Führerscheines oder bei Personenstandsänderungen geschehen. Auf diese Weise könnte dem Mangel an Spenderorganen in Deutschland abgeholfen und Menschenleben gerettet werden. Auch würden nahe Angehörige von einer Entscheidung für den Verstorbenen

entlastet.

Votum der Antragskommission:

## **11. JU Kreisverband Lingen**

Krippenausbau beschleunigen

Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Kommunen und die niedersächsische Landesregierung auf, den Ausbau von Krippenplätzen zu beschleunigen und insbesondere, dass das Land Niedersachsen sich seiner Verantwortung stellt und seinen Anteil an der Finanzierung leistet.

Begründung:

Die Betreuungsquote für Unter-Dreijährige (Angebot an sog. Krippenplätzen) muss laut Bundesgesetz bis 2013 bei mindesten 35 Prozent liegen (im Emsland derzeit 10,3 – Stadt Osnabrück 15,5 – Grafschaft 11,9 – LK Osnabrück 14,5), doch davon sind viele Kommunen noch weit entfernt. Es müssen einerseits verstärkt Anstrengungen unternommen werden, dies zu erreichen. Aber auf der anderen Seite muss auch die dauernde (!) Finanzierung sichergestellt werden. Bund, Länder und Gemeinden sollten sich die Kosten für den Ausbau ursprünglich zu je einem Drittel teilen.

Faktisch entzieht sich das Land seiner Verantwortung, denn es hat gerade mal knapp 5-10 Prozent der Kosten übernommen und größtenteils Bundesmittel „durchgereicht“. Und wer trägt eigentlich die langfristigen Kosten? – In vielen Kommunen ist der Bedarf immens hoch; es gibt lange Wartelisten für Eltern, die ihre Kinder gerne in einer Krippe unterbringen wollen, um neben Familie auch einer beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können! Und Studien belegen: Das Geld in frühkindliche Bildung zu investieren, ist besser, als es später in Jugendhilfekosten oder Arbeitsmarkt-Instrumente wegen mangelnder Bildungserfolge oder so zu „verschießen“.

Votum der Antragskommission:

## **12. JU Kreisverband Osnabrück-Land**

Ausbau der Nachwuchsförderung – Junge Talente in Räte und Vorstände

Der BDT möge beschließen:

- Junge Leute durch eine verbindliche Richtlinie der CDU-Verbände auf Bezirks- und Landesebene gezielter zu fördern und zu fordern, die den CDU-Verbänden verbindliche Vorgaben für einen gesunden Mix aus Jung und Alt in Vorständen und auf Wahlvorschlagslisten macht.
- Ein neues Konzept zur Gewinnung und Bindung neuer, junger Mitglieder für die CDU, das die Partei für junge Menschen, Familien und nur in reinen Interessenverbänden engagierte Menschen attraktiver macht.
- Sich eindeutig gegen die in vielen CDU-Verbänden betriebene „Hinterzimmerpolitik“ ausspricht und mehr Transparenz und Basisdemokratie bei der Besetzung von

Vorstandsposten und Wahlvorschlägen verlangt.

- Von der CDU fordert die neuen Medien konsequenter und offener für die Diskussion mit den Bürger zu nutzen, um so gezielt in einen Dialog mit den jüngeren Generationen zu treten und diese für Politik und die CDU zu sensibilisieren.

#### Begründung

Die CDU gilt als derzeit größte und einflussreichste Volkspartei in der Bundesrepublik Deutschland. Im Jahr 2008 hat sie erstmals die SPD in ihrer Mitgliederstärke überholt. Man könnte sagen, dass die CDU-Spitze einen hervorragenden Job gemacht hat und auf dieses Ergebnis stolz sein kann. Man könnte. Doch durch den demographischen Wandel, der sich ununterbrochen fortsetzt, ergeben sich neue Probleme. Ein Großteil der Mitglieder der CDU ist weit über 40 Jahre alt und Nachwuchs kaum in Sicht. Besonders die Basis, die Orts- und Kreisverbände leiden darunter. Doch leider sind es gerade sie, die oft mit einer intransparenten und nicht ausgewogenen Vergabe der Listen- und Vorstandsplätze viele junge und engagierte Menschen verprellen. Diese haben oft das Nachsehen, müssen jahrelang auf ihre Chance warten und fühlen sich immer häufiger schlichtweg ignoriert und vernachlässigt.

#### Junge Köpfe konsequent fördern und fordern

Die CDU Niedersachsen hat mit ihrem Talentprogramm eine Kaderschmiede eingerichtet, die junge Talente fördert und ihnen die Möglichkeit gibt parteiintern aufzusteigen. Doch dieses Programm ist begrenzt und erreicht längst nicht alle Politiktalente aus den Reihen der CDU. Es muss nicht auf Landesebene, sondern vielmehr auf Kommunalen Ebene gefördert und gefordert werden. Dazu müssen klare Richtlinien vorhanden sein, die auf Listen und in Vorständen einen gesunden Mix aus Alt und Jung gewährleisten. Die Junge Union Osnabrück-Land fordert daher die CDU-Niedersachsen dazu auf, ihre Richtlinien zu überarbeiten und auf die Besetzung der Vorstände zu erweitern. Es ist dringend nötig zu gewährleisten, dass innerhalb der Ortsverbände alle Generationen ein gleichermaßen hohes Gewicht haben.

#### Generationswechsel gezielt herbeiführen

Da die Richtlinien der Landes-CDU in der Vergangenheit unverbindlich waren und von vielen Orts- und Kreisverbänden gekonnt ignoriert wurden, fordert die Junge Union Osnabrück-Land diese in Zukunft für verbindlich zu erklären. Die CDU muss vor allem in ihren Vorständen auf Orts- und Kreisebene eine Verjüngung durchführen, umso weiterhin generationsübergreifend und insbesondere für Nachwuchs attraktiv zu bleiben. Gleiches gilt für die Vergabe von Listenplätzen bei Kommunal- Landes- und Bundeswahlen.

Dies kann nur durch eine verbindliche Richtlinie erreicht werden, die einen gezielten Generationswechsel herbeiführt und bei Verstößen Gegenmaßnahmen vorsieht. Dabei muss jedoch gewährleistet sein, dass jeder Ortsverband in seiner Entscheidungsfreiheit nicht zu sehr eingeschränkt wird und zugleich junge Talente ihre Chance erhalten. Hier gilt es ein gesundes Gleichgewicht zu finden.

#### Junge Mitglieder gewinnen und langfristig binden

Aufgrund der dramatischen Nachwuchsprobleme innerhalb der CDU, die sich durch den demographischen Wandel weiter zuspitzen werden, ist die Gewinnung von jungen

Neumitgliedern unter 40 Jahren unumgänglich. Vielerorts liegt der Altersdurchschnitt der aktiven Mitglieder wie bereits erwähnt weit über 40 Jahren. In einigen Jahren kann es mancherorts unter Umständen zu Problemen bei der Besetzung der Führungspositionen kommen. Aufgrund des dadurch immer weiter steigenden Alterdurchschnittes wird die Partei zudem für junge Menschen und Familien gänzlich unattraktiv. Es muss daher dringend eine Strategie entwickelt werden, junge Menschen zum Mitmachen zu motivieren und die Außendarstellung der CDU anzupassen. Gleichzeitig muss ihnen früh Verantwortung übertragen werden, um sie gezielt an die Partei zu binden und ihr Interesse für Führungsaufgaben zu wecken.

#### Von Hinterzimmerpolitik zu mehr Transparenz und Mitbestimmung

Vielerorts ist es oft so, dass in einer Mitgliederversammlung die Vorschläge des Vorstandes für Vorstandswahlen und Listenplatzvergabe lediglich abgenickt und kaum diskutiert werden. Die Wahlzettel sind bereits vor der Wahl gedruckt, was einen falschen Eindruck vermittelt. Von wahrer Basisdemokratie ist in solchen Fällen nicht zu sprechen, eher von einem Abnickverein, der sich schon vor der Wahl einig ist, wer gewählt wird und wer nicht. Entscheidungen werden leider zu oft in Hinterzimmern gefällt und sind intransparent. Für viele junge Menschen ist dies ein Punkt, der sie abschreckt und ihnen ihre Motivation raubt. Diese Aussicht kaum wirklichen Einfluss, sowie ein echtes Mitspracherecht zu haben, verhindert den Zuwachs junger Mitglieder. Die Junge Union Fürstenaue fordert daher mehr Demokratie und Transparenz in den Parteialltag zu integrieren. Politik lebt von Diskussionen und der Möglichkeit sich selbst einzubringen. Listen- und Vorstandsvorschläge sollten offen diskutiert und aufgestellt werden. Dabei sollte jeder Kandidat seine Motivation zum Ausdruck bringen können, für sich im Plenum werben und zur Diskussion stellen dürfen. Wahlvorschlagsvordrucke sollten der Vergangenheit angehören und die eigentliche Demokratie wieder Einzug in die Parteiorgane halten.

#### Demokratie leben und für junge Menschen attraktiv machen

In Zeiten von Facebook, Twitter und anderer neuer Kommunikationskanäle gilt es die Außendarstellung anzupassen und die Chance zu nutzen direkt mit Bürgern und jungen Menschen in Kontakt zu treten. Durch den geschickten Einsatz neuer Medien können junge Menschen zum Mitmachen motiviert werden, in dem z.B. in Facebook jeder CDU-Verband offen Diskussionen zu lokalpolitischen Themen anregt. Es können so Meinungsbilder eingefangen werden, die denen der jungen Generation entsprechen. Dies kann äußerst wertvoll sein. Jungen Menschen wird so außerdem die Möglichkeit zur Partizipation gegeben und ihr Interesse für Politik geweckt. Langfristig kann sich für die Nutzer dieser Angebote durch eine offene und moderne Außendarstellung im Idealfall auch ein Interesse an einer Mitgliedschaft in der CDU ergeben. Dies ist aber nur zu erreichen, wenn man das staubige und intransparente Image ablegt und wieder Politik mit dem Bürger und nicht für den Bürger macht.

Votum der Antragskommission:

### **13. JU Kreisverband Grafschaft Bentheim**

Abgeordnete und Internet

Der Bezirksdelegiertentag 2011 möge beschließen:

Bürger ernst nehmen: Fragen auch im Internet beantworten

Die Junge Union Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim fordert die Bundes-, Landtags-, und Europaparlaments-Abgeordneten des Bezirksverbandes auf, verstärkt die neuen Medien für einen offenen Bürgerdialog zu nutzen. Insbesondere fordert die Junge Union dazu auf, ernstgemeinte Fragen und Anliegen, die auf Abgeordnetenwatch und ähnlichen Plattformen öffentlich vorgetragen werden, auch individuell öffentlich auf der entsprechenden Plattform zu beantworten.

Begründung:

Das Internet ist mehr als der Ersatz des Postweges durch die E-Mail. Darum greift auch die Aussage „Das Internet ist ein neuer Kommunikationsweg“ zu kurz, vielmehr ist das Netz eine völlig neue Art der Kommunikation, die insbesondere für die Politik viele Chancen bietet. Denn online wie offline gilt: Politiker müssen dort hin, wo die Menschen sind.

Politik und Bürger können im Netz direkt miteinander in Kontakt treten. Dass dies öffentlich geschieht, ist häufig denkwürdig und erfreulich. Bürger die sich über die Arbeit und Ansichten eines Abgeordneten informieren wollen, stellen nicht automatisch eine Anfrage per E-Mail, sondern informieren sich über die sozialen Netze und Plattformen. Wenn dort allerdings nur auf die klassischen Kommunikationswege verwiesen wird, bleibt der interessierte Bürger uninformiert. Aktuelle Newsletter, Homepages und Pressemitteilungen als Einweg-Kommunikation können einen ernstgemeinten Dialog nicht ersetzen.

Es ist inkonsequent, wenn Abgeordnete einerseits Facebook-Fanseiten einrichten, sich der öffentlichen Stellungnahme auf Politik-Plattformen aber verweigern.

#### **14. JU Kreisverband Lingen**

Mindestalter in kommunalen Schulausschüssen herabsetzen!

Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:

Die Junge Union Niedersachsen fordert die niedersächsische Landesregierung auf, das Mindestalter für Schülervertreter in kommunalen Schulausschüssen von derzeit 14 Jahren auf 12 Jahre (§ 110 Absatz 2 Satz 5 Niedersächsisches Schulgesetz) herabzusetzen.

Begründung:

Sind Kommunen Träger von Schulen, müssen sie laut Niedersächsischem Schulgesetz kommunale Schulausschüsse bilden, die sich aus Mitgliedern der Vertretungskörperschaft des Schulträgers und aus Vertreter/innen der in der Trägerschaft der Kommunen stehenden Schulen zusammensetzen. Neben den Lehrkräften und Eltern sind dies auch Schüler/innen.

Derzeit müssen die Schülervertreter mindestens 14 Jahre alt sein. Daraus ergibt sich die Problematik, dass die jeweiligen Schüler/innen – falls sie einer Haupt- oder Realschule angehören – in der Regel nur für ein oder zwei Jahre dem Schulausschuss angehören können, weil sie dann ihren Schulabschluss machen. Dadurch entsteht eine große Fluktuation in den für die Dauer einer Wahlperiode von fünf Jahren gebildeten

Schulausschüssen in (Samt-) Gemeinden, Städten und Landkreisen. Falls eine Kommune Schulträger eines Gymnasiums oder einer Berufsschule ist, können zwar auch Schüler dieser Schulform länger in dem Gremium bleiben, weil sie ihren Abschluss für gewöhnlich mit einem höheren Alter absolvieren, doch Haupt- und Realschülern ist dies schlichtweg nicht möglich.

Indem das Mindestalter auf 12 Jahre herabgesetzt wird, hätten die Kommunen, die beispielsweise nur Schulträger von Haupt- und Realschulen sind, die Möglichkeit, die Schülervertreter für eine längere Zeit zur Mitarbeit zu gewinnen. Ein ständiges Austauschen und Wechseln der Schülervertreter würde damit verhindert werden.

Votum der Antragskommission:

### **15. JU Kreisverband Lingen**

Keine Absenkung der Restschuldbefreiung

Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:

Die Jungen Union Osnabrück-Emsland fordert die Bundesregierung auf, von dem Vorhaben der Absenkung der Restschuldbefreiung bei Insolvenzverfahren von derzeit sechs auf drei Jahre Abstand zu nehmen.

Begründung:

Das Ansinnen der Bundesregierung eine Absenkung der Restschuldbefreiung bei Insolvenzverfahren auf drei Jahre vorzunehmen, ist auf der einen Seite als positiv zu betrachten, da hierdurch sichergestellt ist, dass ein einmaliger Fehler sich nicht sechs Jahre auf die persönlichen Lebensverhältnisse auswirkt. Allerdings ist das zu kurz gegriffen. Vor allem für unsere mittelständischen Unternehmen ist dies ein großes unternehmerisches Risiko. Durch die Absenkung werden falsche Anreize im Hinblick auf die Zahlungsmoral gesetzt.

Votum der Antragskommission:

### **16. JU Kreisverband Lingen**

Psychische Gewalt an Schulen  
und unter Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt rücken!

Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert den Bezirksvorstand auf, sich mit dem Thema der psychischen Gewalt an Schulen und unter Kindern und Jugendlichen sich im Rahmen eines Bezirksausschusses zu beschäftigen.

Begründung:

Wir erleben eine junge Generation, die noch nie so sehr unter Druck stand. Psychische Krankheiten nehmen zu, Pharmazeutika nehmen bereits Kinder ein, Internetmobbing, psychische Gewalt in Schulen und unter Altersgenossen sind keine Ausnahmerecheinung.

Der Film „Homevideo“, der im Oktober in der ARD lief, zeigt in eindrucksvoller Weise das

Problem auf und regt zum Nachdenken an.

Wir brauchen eine Diskussion über diese Themen – gemeinsam mit Experten, Betroffenen und allen, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben. Und wir müssen daraus Handlungsoptionen ableiten! Hier ist die Politik gefragt!

Votum der Antragskommission:

### **17. JU Kreisverband Lingen**

Überalterung der Kommunalparlamente

Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland schließt sich der Kritik der BDKJ-Diözesanversammlung nach einer Überalterung der Kommunalparlamente an.

Begründung:

Der BDKJ im Bistum Osnabrück hat kürzlich auf seiner Diözesanversammlung einen Beschluss verabschiedet, wonach er den hohen Altersdurchschnitt in den Kommunalparlamenten kritisiert. Die Deutungshoheit über die Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen liege in der Hand überalterter Parlamente, heißt da richtigerweise. Nach dem Motto „Nach der Wahl ist vor der Wahl“ sollten wir unsere Partei auffordern, sich dem Problem anzunehmen.

Votum der Antragskommission:

### **18. JU Kreisverband Meppen**

Die Junge Union Osnabrück-Emsland möge den erneuten Ausbau des ÖPNV zwischen den Landkreisen Emsland und Grafschaft Bentheim fordern.

Begründung:

In einem Zeitungsartikel vom 18.10.2011 in der Meppener Tagespost weist der Verkehrsclub Deutschland (VCD) auf die negative Entwicklung des ÖPNV zwischen den Mittelzentren Nordhorn und Meppen hin. So hat schon mit Beginn der Sommerferien das betreibende Unternehmen den Busverkehr auf der direkten Strecke stark gekürzt und an Samstagen gar eingestellt. Der letzte Bus aus Meppen in Richtung Nordhorn fährt nun schon um 17:05 Uhr und in einem Meppener Ortsteil kommt es zu einem kompletten Ausfall des ÖPNV an Samstagen.

Aufgrund der Bedeutung des öffentlichen Nahverkehrs heute und in Zukunft (demografischer Wandel) sollte sich die JU Osnabrück-Emsland der Forderung des VCD anschließen, diese Versorgungslücke umgehend zu beheben.

Votum der Antragskommission:

### **19. JU Kreisverband Osnabrück-Land**

Der Bezirksdelegiertentag möge Beschließen:

Junge Union und CDU müssen stärkere Präsenz im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes zeigen und mehr als zuvor für die Ziele von Umwelt- und Naturschutz eintreten.

Begründungstext:

Natur- und Umweltschutz nehmen in der Bevölkerung einen immer stärker werdenden und nicht zu unterschätzenden Status ein.

Spätestens seit den Debatten um den Klimawandel, Stuttgart 21 und den Atomausstieg wissen wir, dass das Bewusstsein der Bürger für Natur und Umwelt größer denn je ist.

Diese von der CDU nicht gerade bürgernah und oftmals stark unter wirtschaftlichen Aspekten geführten Debatten führten dazu, dass die Partei „die Grünen“ immer mehr an Boden gewannen.

Die Grünen erwecken mittlerweile bundesweit den Anschein, dass nur sie ein kompetenter Ansprechpartner für die Belange von Natur- und Umwelt sind.

Gute Umweltpolitik wird meistens mit den Grünen in Verbindung gebracht, selten jedoch mit der CDU.

Wenn sich die CDU weiterhin als große Volkspartei behaupten und alle Themen kompetent besetzen will, auch gegenüber den Grünen, muss sie sich in Sachen Umwelt- und Naturschutz in Zukunft deutlich stärker aufstellen, für eine bürgernähere Politik in diesem Ressort eintreten und umwelt- und naturschutzpolitische Ziele ernsthaft verfolgen und durchsetzen.

Umwelt-, Natur-, Klimaschutz und Energiepolitik sind die entscheidenden Politikfelder dieses Jahrhunderts. Deutschland in seiner Vorreiterrolle als eines der umweltfreundlichsten und technologisch am besten aufgestellten Länder hat eine große Chance Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen und ökonomisch sowie ökologisches Kapital daraus zu schlagen.

Votum der Antragskommission: